

**Die Umweltpolitik der Grünen:
30 Jahre lang reden
und Plakate malen ...**

Wir handeln. Schon immer.

Umweltschutz ist keine Frage von flotten Sprüchen und bunten Protestschildern. Umweltschutz ist eine Frage von konkreten Handlungen. Für uns als CDU war der Schutz der Schöpfung immer wichtig.

Aber anders als die Grünen haben wir nicht nur geredet, sondern gehandelt. Schon immer. Das Ergebnis: erfolgreiche Umweltpolitik mit Sinn und Verstand. Schauen Sie selbst...

1983

Erste Tempo-30-Zone wird eingeführt

Die Innenstadt von Buxtehude: viel Verkehr, zu hohe Geschwindigkeit. Für die erste Tempo-30-Zone in Deutschland lässt Stadtbaurat Otto Wicht in einer Nacht- und Nebelaktion tonnenschwere Beton-Kübel aufstellen, bekam den Beinamen

„Kübel-Otto.“ CDU-Bürgermeister Uwe Hampe und er bekommen aus dem ganzen Land viel Gegenwind. Doch sie sollen Recht behalten: Die Unfallzahlen gehen um fast die Hälfte zurück und die Buxtehuder Idee setzt sich durch.



Die Grünen wollen Tempo 30 überall in den Städten und Tempo 120 auf Autobahnen. Das ist ideologische Verkehrspolitik und eine Bevormundung der Bürger! Die CDU steht für Tempo 30 – da, wo man es wirklich braucht.

1984

Neu für Autos: Kat und bleifreies Benzin

„Saurer Regen“, „Waldsterben“, „Benzin in der Luft“ – das waren Themen, die unser Land bewegten. Die Regierung von Helmut Kohl packte beherzt an. Zeitgleich mit dem

Katalysator gab es an den Zapfsäulen erstmals bleifreies Benzin. Und: Deutsche Autos waren mit dem Kat besser für den Export gerüstet.



Seit Jahren fordern die Grünen höhere Benzinpreise. Zuerst fünf Mark und auch jetzt ist ihnen das Benzin noch zu billig. Wie Berufspendler und Familien das bezahlen sollen, bleibt ihr Geheimnis.

1986

CDU gründet das Bundesumweltministerium

Im russischen Tschernobyl kommt es zur Reaktor-Katastrophe. Bei Ostwind haben die Deutschen Angst um Leib und Leben. Nur fünf Wochen später nimmt das von der CDU-geführte Bundesumweltministe-

rium seine Arbeit auf. Von dort aus wird ab sofort Naturschutz, Umwelt und die Sicherheit deutscher Reaktoren noch strenger kontrolliert. Die CDU handelt im Sinne der Bürger.



Die CDU hat in ihrer Geschichte eigene Positionen auch immer wieder überprüft. Die Grünen hingegen bleiben ideologisch verbohrt: Nach dem beschlossenen Umstieg in Erneuerbare Energien 2011 protestierten sie aus Folklore gegen Castor-Transporte.

1987

Das Ende von FCKW wird besiegelt

Die Ozonschicht drohte immer dünner zu werden. Als helfende Maßnahme stellten sich viele Staaten und die CDU-geführte Bundesregierung gegen die Herstellung

von so genannten Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW). Seitdem kommen Kühlschränke, Deos oder Lacke in Sprühdosen ohne den umweltgiftigen Zusatz aus.



Ein schönes Beispiel für den grünen Zick-Zack-Kurs: Die Umweltprämie für Autos lehnten sie 2009 aus ideologischen Gründen ab. Und drei Jahre später forderten sie eine Umweltprämie für alte Kühlschränke ...

1990

Der Grüne Punkt wird eingeführt

Dank der CDU klebte der Grüne Punkt auf Verkaufsverpackungen, die entweder im Gelben Sack, in der Gelben Tonne, in Altglas-Containern oder der Papiertonne

entsorgt und später recycelt werden. Er hat sich in ganz Europa durchgesetzt und war Vorreiter für weiteren Umweltschutz-Symbole, wie den blauen Umweltengel.



Die wichtige Verpackungsverordnung, die CDU-Bundesumweltminister auf den Weg brachten, war eine Idee der CDU. Die Grünen fordern heute ein Verbot von Plastiktüten – Bevormundung statt Verantwortung.

1991

Die Energiewende wird eingeläutet

Viele kleine Unternehmen in Deutschland erzeugen Strom mit Sonne, Wind & Co. Große Konzerne haben aber das Anbieten des sauberen Stroms blockiert. Das CDU-

geführte Bundesumweltministerium griff ein mit dem Stromeinspeisungsgesetz. Daraus wurde im Lauf der Jahre das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).



Das EEG wurde von 61 Ländern weltweit kopiert. In Deutschland ist das Gesetz heute reformbedürftig. Die CDU hat dabei Verbraucher, Umwelt, Wirtschaft und Arbeitsplätze im Blick. Für die Grünen sind Gewinne in der Solarbranche wichtiger als bezahlbare Verbraucherpreise.

1994

Umweltschutz kommt ins Grundgesetz

Da hat die CDU ganze Arbeit geleistet: Umweltschutz ist nicht länger Privatsache, sondern wird als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Es gilt, dass der Staat in Ver-

antwortung für künftige Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen nach Verfassung und per Gesetz sichern und schützen will.



Die CDU steht für Eigenverantwortung, die Grünen für Steuererhöhungen. In ihrem Wahlprogramm 1994 steht: „Vordringlich sind die Erhöhung der Mineralölsteuer, die Einführung einer Primärenergiesteuer, die Einführung von Abfallabgaben auf Landesebene und eine Schwerverkehrsabgabe.“

1996

CDU gegen Elektro-Smog durch Handys

Als eine der ersten Regierungen weltweit reagiert die CDU-geführte Bundesregierung auf die Zunahme elektromagnetischer Felder durch Mobilfunk: Mit einer

rechtsverbindlichen Regelung werden Strahlen eingedämmt. Vorbild sind hier die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO).



Die Grünen wollten den Elektrosmog auch begrenzen. Aber wie so oft haben sie es auch hier völlig übertrieben: Die Richtwerte der Grünen hätten eine „sofortige Räumung des Bundestags“ zur Folge gehabt, wie ein Staatssekretär damals feststellte.

1997

Mit Merkel kommt Kyoto ins Rollen

Gute zwei Jahre arbeitete Angela Merkel als damalige Bundesumweltministerin mit Volldampf an der Verhandlungsvorlage. Auch deshalb konnte in Japan das Kyoto-

Protokoll erfolgreich abgeschlossen werden. Seitdem gelten erstmals für Industriestaaten besondere Grenzwerte bei den Treibhausgasen.



Das Institut für Politikwissenschaft der Uni Mainz schreibt 1997, dass die 5-Mark-je-Liter-Benzin-Forderung der Grünen den Fundamentalismus vergangener Jahre bediene. „Das führt zu einem deutlichen Rückgang der Unterstützung in der deutschen Bevölkerung.“

2008

Sicherheit durch den Gebäude-Energiepass

Häuslebauer und Hausbesitzer sollen Planungssicherheit haben: Die CDU-geführte Bundesregierung führt den Gebäude-Energiepass ein. Er soll dabei helfen, nötige Verbesserungen zur CO₂-Vermeidung

am Eigenheim zu erkennen. Auch soll er Energie sparen helfen und bei einem Immobilienverkauf den Umwelt-Wert eines Hauses erkennen lassen: Umwelt-Maßstäbe zur Wertsteigerung.



Auch hier gilt bei den Grünen: Viele Worte, keine Taten: Als die unionsgeführte Bundesregierung im Jahr 2012 die energetische Gebäudesanierung steuerlich fördern wollte, lehnten die Grünen gemeinsam mit der SPD das Vorhaben im Bundesrat ab.

2009

Mit der Umweltprämie zum Neuwagen

Um alte und umweltschädliche Autos von der Straße zu bekommen beschließt die CDU-geführte Bundesregierung mit dem Konjunkturpaket II die Einführung einer

Umweltprämie. Jeder, der sein Altkar gegen einen Neuwagen eintauscht, bekommt 2.500 Euro vom Staat dazu: Umweltschutz *UND* Wirtschaft ankurbeln.



Ganz nebenbei wurden mit dieser Idee die Autohersteller vor dem Kollaps gerettet. Denn seit der Finanzkrise 2008 waren die Verkaufszahlen im Keller. Die Grünen lehnten die Unterstützung der Automobilindustrie und die Umweltprämie als falsch ab.

2011

Ein Plan für den Umstieg auf saubere Energie

Die Bundesregierung zieht Konsequenzen aus der Katastrophe von Fukushima. Bundeskanzlerin Angela Merkel kündigt einen Sicherheits-Check der AKW in

Deutschland an. Kurz danach wurden acht Meiler vorsorglich vom Netz genommen. Die Regierung entwickelt einen konkreten Plan für den Umstieg in den Ausstieg.



Die Grünen wollen zwar den Ausstieg aus der Kernenergie, kümmern sich aber nicht um Alternativen. Im Gegenteil: Bei vielen Gelegenheiten protestieren sie gegen den Umstieg in die Erneuerbaren Energien und beweisen einmal mehr, dass sie die Dagegen-Partei sind.